Halle und Umgegend.

Halle, den 9. Januar 1919.

Streik in den Lazaretten.

Der Beschluß des Soldatenrates, daß mit dem heutigen Tage alle Rangabzeichen der Offiziere, Feldwebel, Unteroffiziere usw. abzulegen sind, hat in den beteiligten Kreisen helle Empörung hervorgerufen. Es wurden eine Reihe Versammlungen stattgefunden. Die Unteroffiziere, die Offiziere, die Aerzte, das Sanitätspersonal, alle haben in getrennten Sitzungen Besprechungen abgehalten und beschlossen, in nachdrücklicher Weise gegen diesen Beschluß vorzugehen. In den Lazaretten ist heute früh aus diesem Grunde Arbeitseinstellung eingetreten. Die Aerzte, das Sanitätspersonal und die Krankenschwestern arbeiten nicht. Das Reservelazarett am Paradeplatz liegt vollständig still. Niemand tut dort Dienst. Ebenso sind die Verhältnisse in den Hilfslazaretten. Etwa 3000 Verwundete und Kranke bleiben dadurch ohne ärztlichen Beistand und ohne Pflege. Es wird uns zwar mitgeteilt, daß den Schwerverwundeten und Schwerkranken, bei denen Lebensgefahr besteht, Hilfe nicht versagt werden soll. Soweit wir aber durch Umfrage feststellen konnten, ist die Arbeitseinstellung vollständig. ff

Man mag über die Sache denken, wie man will, man mag im Interesse der armen Hilfsbedürftigen, die ihre Gesundheit für das Vaterland dahingegeben haben, das Vorgehen noch so entschieden bedauern, jedenfalls ist das Kampfmittel, das die Aerzte, Sanitätsmannschaften und Schwestern anwenden, hochmodern, äußerst zeitgemäß und gang nach dem Muster derer, die gegenwärtig in Halle die Macht haben. Wenn an den Spartakusleuten und ihrem Anhang etwas durchgedrückt werden soll, ist der erste Ruf gleich: Arbeitseinstellung. Streik, mögen die Gewerkschaftsführer noch so sehr dagegen sprechen. Interessant wäre es allerdings, zu erfahren, wie denn jene gegenwärtigen Wortführer und Leiter unseres politischen Lebens über den vorliegenden Fall sowohl wie über alle ähnlichen Fälle denken, in denen andere Wirtschaftsgruppen oder Berufsstände durch Streik ihre Forderungen durchzudrücken suchen.

Wie wir hören, planen auch die aktiven Unteroffiziere der hiesigen Regimenter Maßnahmen, um in ihrer Weise gegen die verordnete Ablegung der Rangabzeichen zu protestieren.

Von anderer Seite erfahren wir, daß heute, Donnerstag, vormittags, im St. Nikolaus eine Versammlung der Vertrauensleute und Vertreter der Kranken aus den hallischen Lazaretten stattgefunden hat, um gegen den Streik der Aerzte, Beamten und des Pflegepersonals Protest zu erheben. Daran schloß sich ein Demonstrationszug zum Soldatenrat, in dem das Abzeichen des Roten Kreuzes und Kranke in Liegestühlen mitgeführt wurden; auch Verwundete an Krücken nahmen daran teil. Vom Soldatenrat wurde den Teilnehmern mitgeteilt, daß heute nachmittag über die Sache in einer Sitzung mit Vertretern der Aerzte, Beamten und des Pflegepersonals entschieden werden würde.

Es wird uns bestätigt, daß auch die etwa 800 Unteroffiziere, die sich in Halle befinden, gegen die Beseitigung der Rangabzeichen protestieren wollen. Heute abend soll im St. Nikolaus eine Versammlung stattfinden.

•

Die städtischen Beamten geschlossen hinter dem Magistrat. Nachdem nunmehr der Konflikt zwischen dem A.- und S.-Rate und dem Magistrate in der von uns bereits geschilderten Form beigelegt worden ist, können wir aus bester Quelle mitteilen, daß unsere städtischen Beamten während des Zwischenfalles geschlossen hinter dem Magistrate gestanden haben. Falls die Angelegenheit mit seiner Amtsaufgabe geendigt hätte, dann würden auch alle städtischen Beamten sofort ihre Tätigkeit eingestellt haben. Was das bedeutet, läßt sich gar nicht so schnell ausdenken: die Lebensmittelzufuhr und -Verteilung hätte augenblicklich aufgehört; stattdessen wäre also der Hunger eingezogen. Die Straßenbahn wäre nicht mehr gefahren, so daß man selbst vom Südende der Stadt bis nach Trotha oder Cröllwitz hätte zu Fuß laufen müssen. Ja, die gesamte Verwaltung der städtischen Angelegenheiten würde plattweg geruht haben, d. h. selbst die dringendsten Angelegenheiten des Gemeinwesens hätten keine Erledigung mehr gefunden, niemand Hilfe, Rat oder Auskunft in den städtischen Büros erhalten, nicht einmal Tote hätten bestattet werden können.

Der große Arbeiterrat

nahm in seiner Sitzung am Mittwoch abend den Bericht des Genossen Kilian über den Verlauf der Verhandlungen des Arbeiterrates mit dem Magistrat, bei dem es sich um die

Anerkennung der Vollzugsgewalt des A.- und S.-Rates über die gesamte städtische Verwaltung

handelte, entgegen. Ueber die Annahme der vom A.- und S.-Rat gestellten Bedingungen durch den Magistrat haben wir bereits berichtet. Herr Kilian führte dazu aus, daß man auf die Vorschläge des Magistrats eingegangen wäre, zwei Mitglieder des Arbeiterrates für den Magistrat wählen zu lassen. Gleichzeitig forderte der Magistrat die Regierung auf, diese zwei Vertreter nicht zu bestätigen. (Hört!) Wir versuchten, loyal zu sein, aber der Magistrat hat solches Entgegenkommen nicht gezeigt. Wir glauben, der Magistrat habe keine Sympathie für uns. Deshalb ersuchten wir, die gewählten Gröbel und Alias zu Beigeordneten in den Magistrat aufzunehmen. Darauf erklärte der Magistrat dieses Ersuchen als einen Eingriff in die Rechte der Stadtverordnetenversammlung. Das nennt der Magistrat loyal sein, gemeinsames Arbeiten. Sie werden uns zustimmen, daß nur auf dem Wege des Ultimatums etwas zu erreichen war. Die erste Antwort auf unser Ersuchen fiel unbefriedigend aus. Der Redner teilte nun die vier Anfragen an den Magistrat mit, deren Annahme wir bereits veröffentlicht haben, und knüpfte daran die Erwendungen, die der Magistrat gegen einzelne Punkte erhoben hatte. Wir haben uns darauf nicht eingelassen, bemerkte Herr Kilian, sondern haben den Magistrat am Dienstag ersucht, sich klar und klar darüber zu äußern. Der Magistrat will uns unter dem 31. Dezember eine Antwort gegeben haben, die aber nicht in die Hände des Arbeiterrates gelangt ist. Diesen Mittag nun haben wir dem Magistrat ein neues Ultimatum überreicht. Da am 7. Januar der Magistrat auf die Punkte 1—4 ausweichend und unbefriedigend geantwortet hat, so bestand nunmehr der Arbeiterrat auf einer unzweideutigen Beantwortung. Mit einer Weiche, die nicht oder nur halbes anerkennen will, kann der Arbeiterrat keine Stunde mehr zusammen arbeiten, zumal Staatsbehörden für Arbeiter- und Soldatenräte überhaupt nicht in Betracht kommen.

Niemand hat dem A.- und S.-Rat Vorschriften zu machen,

außer den Arbeitern, die ihn gewählt haben. Wir verlangten unbedingte Zustimmung. Wir verlangten, daß der Magistrat bis um 4 Uhr vom Rathaus aus seine Entscheidung öffentlich bekanntzugeben habe. Darauf große Aufregung im Magistrat. Es kam zu heftigen Verhandlungen, die zweimal unterbrochen wurden. Schließlich ist es zu einer Uebereinstimmung gekommen, wie sie in der bereits mitgeteilten Zustimmung zu den vier Anfragen ausgedrückt worden ist.

Der Magistrat wollte in bezug auf Punkt 2 zunächst nicht darauf eingehen, weil er meinte, daß die Stadtverordneten Schwierigkeiten machen würden. Indes sind diese Befürchtungen unbegründet. Dem Magistrat werden wir unsere Beschlüsse mitteilen, für die er allein zuständig ist, und er wird sie dann ausführen. Für die Stadtverordnetenversammlung zuständig, so unterbreiten wir unsere Beschlüsse der Versammlung zur Genehmigung. Will diese aber sie nicht anerkennen,

so werden wir die Stadtverordnetenversammlung auflösen.

Wir setzen aber voraus, daß die Versammlung alle Beschlüsse ohne weiteres annimmt. Sie ist in vielerlei Hinsicht zuständig. Wir denken da an unsere finanziellen Verpflichtungen. Wir haben für die Stadt Halle ein Sicherheitsregiment gebildet, das nur aus Leuten besteht, die nicht unter 24. Jahre alt sind. Die Mitglieder dieses Regiments sollen gewerkschaftlich und politisch organisiert sein. Jetzt ist das Regiment wohl tausend Mann stark und seit seinem Bestehen ist es mit der Sicherheit bedeutend besser geworden. Jetzt ergeben sich aber Schwierigkeiten. Das Ministerium des Innern verfügt, daß die Leute, die freiwillig beigetreten sind, als nicht mehr zum Soldatenstand gerechnet werden sollen. Infolgedessen soll auch die Familienunterstützung an ihre Angehörigen nicht mehr gezahlt werden, die zudem gebunden ist an den Begriff der Bedürftigkeit. Man sagt, die Leute bekommen 9 Mark tägliche Entschädigung, eingerechnet 2 Mark für das Essen. Bei 9 Mark aber seien die Leute nicht mehr bedürftig. Die Verheirateten bekommen aber nur 6 Mark, damit sind die Leute nicht zufrieden, und das Regiment wäre also schon aufgelöst, wenn die Leute nicht die Zusicherung bekommen hätten, wir verschaffen euch mehr Geld. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Angehörigen des Sicherheitsregimentes als Soldaten weiter geführt werden, und daß ihnen damit auch die Familienunterstützung weiter gewährt wird. Wir haben beschlossen, ihnen bis zur Erledigung der ganzen Angelegenheit einstweilen für den Mann 50 Mark vorschußweise auszahlen zu lassen. Am Donnerstag soll beschlossen werden:

Die Stadt hat 100 000 Mark zur Verfügung zu stellen

zur Auszahlung von Familienunterstützungen für Verheiratete. Der Magistrat wird diesem Beschluß zustimmen müssen und wir nehmen an, auch die Stadtverordneten. Es geht nicht so sehr um unsere Sicherheit, als vielmehr um die Sicherheit derjenigen, die im Stadtparlament sitzen, deren Vermögen sonst gefährdet sein würde.

Nunmehr haben wir freie Hand bekommen zur Durchführung unserer Beschlüsse, da wir die vollziehende Gewalt vollständig in unseren Händen haben. Daß der Oberbürgermeister sich geweigert hat, die Zustimmung zu unseren Forderungen dem Volke vom Rathause herab selbst zu verkünden, zeugt nicht von besonderer Charakterstärke. Er würde sein Ansehen verstärkt haben, wenn er sich dazu bereit erklärt hätte. Durch die Annahme sämtlicher Punkte glauben wir, daß in Zukunft besser mit dem Magistrat wird gearbeitet werden können, als bisher. Der Magistrat wird nun nicht immer die Zentralbehörden gegen uns ausspielen können. Wir stehen auf dem Standpunkte, in Halle hat uns niemand Vorschriften zu machen. Der Magistrat hat sich an niemand weiter zu halten, als an den Arbeiter- und Soldatenrat. Wie sich die Sache gestalten wird, müssen wir in der Praxis abwarten. Von einer Reihe von Magistratsmitgliedern wurde dieser Sachlage gegenüber Verständnis gezeigt.

Es kam nun zu einer

Aussprache,

die in der Hauptsache politischen Charakter trug. Herr Sperl verlangte das Wort. Herr Kilian hatte aber gegen seine Zulassung Bedenken, weil die Eisenbahnbeamten, die Herr Sperl vertritt, nicht eigentliche Vertreter gewählt haben. Darauf erwiderte Herr Sperl, daß ursprünglich beratende Stimme zugestanden worden ist und darauf sei er mit noch einem Vertreter gewählt worden. Herr Kilian wies darauf hin, daß vom Arbeiterrat beschlossen worden sei die Eisenbahnbeamten und Arbeiter sollten auf je 1000 Mitglieder einen Vertreter mit Sitz und Stimme im Arbeiterrat wählen. Das sei bisher noch nicht geschehen und deshalb könne eigentlich Herr Sperl als Redner nicht zugelassen werden. Indes solle er diesmal noch Gelegenheit dazu haben, die Eisenbahnbeamten und Arbeiter aber müßten alsbald die Wahlen vornehmen.

Arbeiterrat Adolf Thiele wies darauf hin, daß die deutsche Revolution alle als gemeinsames Band vereinigt. Es könne nicht sein, daß die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte sich von der Zentralstelle trennen können. Das würde zu einer Atomisierung führen, die dem deutschen Volke sehr schlecht bekommen könnte. Ein gemeinsames Band müßten sie haben, das sei die gemeinsame Regierung. Sei die Regierung eine konservative, so habe man das Recht, sie zu stürzen. Aber eine solche Regierung sei nicht zu bestürzen. Der Vorsitzende, Herr Kilian, behauptete, daß man sich auf die Regierung in Berlin nicht verlassen könnte. Ein Minister erlässt eine Verordnung und der andere Minister hebt sie wieder auf. Das gibt also dem Magistrat und dem Arbeiterrate Recht, daß sie sich nicht daran kehren. Kommen von der Regierung in Berlin Gesetze, Anordnungen und Beschlüsse, die gut sind, so werden wir ihnen nicht widersprechen. Wir wollen aber die Freiheit für uns, das abzulehnen, was wir für unrichtig halten.

Der Vorsitzende des Soldatenrates, Herr Gruner, bemerkt, es handle sich für ihn um die Ausführung des Beschlusses im Soldatenrat, daß die

Truppentransporte nach Berlin hier entwaffnet

werden sollen. Andere Städte haben eine andere Auffassung. Sie lassen diese Transporte durch. Wir haben hier jedesmal die größten Kämpfe. Es ist zu befürchten, daß die Mannschaften des Sicherheitsregimentes bei etwaigen Kämpfen nach und nach aufgerieben werden und daß wir keinen Ersatz dafür bekommen. Es ist sehr schön, einen Beschluß dahin zu fassen, daß alle Transporte zu entwaffnen sind, damit sie von der Regierung in Berlin nicht verwendet werden können. Wen wir es aber nicht richtig machen, so bekommen wir Vorwürfe. Die anderen Dienststellen geben Direktiven aus, die je von der Regierung erhalten. Wie sollen wir uns dazu verhalten? Wenn man die Truppen um Halle herum leitet, dann geht die Sache schief.

Vorsitzender Kilian erwiderte darauf, er sei der Meinung, der Arbeiterrat werde in seiner Mehrheit den Beschluß des Soldatenrates gutheißen und den Soldatenrat bitten, daß er seinen Beschluß aufrecht erhält. Die Truppen sollen nicht nach Berlin, um sich dort niederkartätschen zu lassen. Wenn Sicherheitsmannschaften nicht zulangen, so müßten 1000—2000 Arbeiter bewaffnet werden.

Nach verschiedenen Ausführungen anderer Redner bemerkte Arbeiterrat Thiele, die hiesige Verwaltung sei sehr einseitig, weil sie damit rechnet, daß die hiesige Richtung die allein geltende wäre. Er bitte aber, zu bedenken, daß im übrigen Deutschland die Meinung, wie sie hier vertreten werde, nicht die Mehrheit habe, nur einige Orte bekennen sich zu derselben Auffassung, während das große Reich den Standpunkt der Mehrheitssozialisten einnimmt. (Zurut: Wir wollen uns nicht abschlachten lassen!) Wenn Ihr die Mehrheit bestehen so werdet Ihr uns absplitten. Wir sagen, die Mehrheit hat zu entscheiden, nicht eine Minderheit. Deshalb können wir es nicht billigen, daß eine nur örtliche Mehrheit Bestimmungen trifft. Es ist unter allen Umständen notwendig, daß eine Zentralgewalt besteht. Nach verschiedenen weiteren Ausführungen anderer Redner wurde schließlich den Abmachungen mit dem Magistrat zugestimmt.

Der Vorsitzende Kilian verbreitet sich nunmehr über

die innerpolitische Lage und unser Verhältnis zu den Regierungen der Volksbeauftragten.

Mit dem S.-R. war der A.-Rat für die Forderungen der Unabhängigen, für die soziale Republik, Eindämmung des Kapitalismus usw. In der Regierung zu Berlin kam es bald zu Streitigkeiten über die Sozialisierung der Republik. Die Beschlüsse der Konferenz der A.- und S.-Räte wären nicht durchgeführt worden. So die Sozialisierung der Bergwerke, die sehr leicht gewesen wäre, da einige schon verstaatlicht sind, die aber auch sehr praktisch gewesen wäre, denn wir brauchen notwendig Kohle. Da aber sei Unglaubliches geschehen. Die Arbeiter hätten ihre Löhne gesteigert, um zu einem menschenwürdigen Dasein zu gelangen, aber die Regierung gab daraufhin ihr Einverständnis mit einer Erhöhung der Kohlenpreise, sie arbeitete also dem Kapitalismus in die Hände. Zu dieser Regierung könne man kein Vertrauen haben. Durch eine Krise wurden die Unabhängigen von den Mehrheitssozialdemokraten aus der Regierung herausgedrängt. Die Unabhängigen, die unser Vertrauen besitzen, schieden aus. Die Schgidemänner wissen, daß sie mit dem Bürgertum eine Mehrheit bilden und stellen sich auf den Standpunkt, sie hätten die Gewalt in Händen. Wir müssen, sagte Herr Kilian, der jetzigen Regierung unser Vertrauen entziehen. Sie ist nicht bloß politisch unzuverlässig, sondern auch im Verwaltungssystem. Anfragen und Beschwerden werden von der Regierung überhaupt nicht beantwortet. Die Methoden der Spartakisten sind nicht zu billigen, aber aus ihrem Verhalten spricht das Gewissen der deutschen Arbeiter. (?!) Die Vorgänge am Marstall in Berlin seien jetzt geklärt und sprächen gegen die Regierung. Wir wollen erklären, daß wir kein Vertrauen haben zu einer Regierung, die nicht ernsthaft die Sozialisierung erstrebt. Der Redner empfiehlt hierauf die Annahme folgender

Entschließung:

„Der Arbeiter-Rat zu Halle beschließt, daß er die Regierung Ebert-Scheidemann, da sie nicht ernsthaft für die Durchführung der Revolution bis zum Sozialismus wirkt, sondern die Gegenrevolution stützt und die wahrhaft revolutionären und sozialistisch gesinnten Kräfte der Arbeiterschaft mit Waffengewalt bekämpft, nicht unterstützen kann."

Hieran schloß sich eine lebhafte Aussprache.

Arb.-R. Jungmann: Die Kohlenpreise seien um 70 Pfg. für den Zentner gestiegen. Der Arb.-Rat hätte zu dieser Erhöhung Stellung nehmen sollen, da diese Steigerung in gar keinem Verhältnis zu den Lohnerhöhungen steht. — Arb.-R. Reimann stellte sich auf den Standpunkt Kilians. Auch er habe das Vertrauen zur jetzigen Regierung verloren und wünsche, daß dies durch den Arb.-Rat zum Ausdruck gebracht wird. Ob die Unabhängigen in der Minderheit sind, wird die Zukunft lehren, wenn die Massen aufgeklärt sind. — Arb.-R. Chemnitz: Es sind sehr harte Worte gegen die jetzige Regierung gefallen. Daß die Sozialisierung eintreten muß, ist selbstverständlich; ebenso die Verstaatlichung der Bergwerke. Die Revolution ist gefährdet, weil sich die Arbeiter nicht wieder zusammenfinden. Ehe wir ein Mißtrauensvotum aussprechen, wollen wir der Regierung aufgeben, nochmals mit allen Gruppen zu verhandeln. Wenn der Feind eindringt, kommen wir um die Früchte der Revolution. — Vors. Kilian bemerkte dazwischen, daß eine Versammlung der S.-R. des 4. Armeekorps in Magdeburg mit 17 gegen 10 Stimmen der jetzigen Regierung das Vertrauen entzogen habe.

Arb.-R. Thiele: In Berlin hat jedoch der Gesamtausschuß der S.-R. sich auf die Seite der Regierung gestellt. Auch er stehe auf dem Boden der jetzigen Regierung und halte die Vorwürfe gegen diese für unberechtigt. Auch die Unabhängigen in der Regierung waren der Ansicht, daß man nach der jetzigen politischen Lage sehr vorsichtig mit der Sozialisierung sein müsse. An dieser Frage dürfe ein Zusammengehen nicht scheitern. Es handelte sich nur darum, wann es zur Einigung kommt. Die Preiserhöhung für Kohlen war Sache des Handelsministers. Will man der jetzigen Regierung das Vertrauen entziehen, weil sie jetzt in Berlin mit aller Energie Zustände schaffen will, die erträglich sind? Soll durch diesen Beschluß eine Aktion eingeleitet werden, die Wahl der Nationalversammlung zu stören? — Kam. Jänicke wendet sich gegen Thiele. Die Unabhängigen seien es gewesen, die die Steine aus dem Wege geräumt hätten und die Mehrheitssozialisten hätten sich in das Nest gesetzt. Waren diese Leute überzeugt, daß die Revolution kommen mußte? Sie wollten sie verhindern. „Uns trennt von den Reg.-Soz. nicht nur die verschiedene Auffassung über die Sozialisierung, sondern noch viel mehr. Die Reg.-Soz. erhoben eine Mehrheit, aber mit Unterstützung der Bürgerlichen. Die jetzige Regierung ist zwar für eine Republik, aber für eine bürgerliche. Man würde die Unabhängigen von der Regierung ausschließen, darum sei es nötig, einen Teil unserer Forderungen schon jetzt unter Dach und Fach zu bringen. Die A.- und S.-R. sind auch ferner nötig, um die Forderungen der sozialen Republik zur Durchführung zu bringen.

Arb.-R. Osterburg verbreitet sich in längeren Ausführungen über die Arbeiterbewegung, ihre Entstehung und weitere Entwicklung. Die Mehrh.-Soz. seien auf dem besten Wege zum bürgerlichen Radikalismus, weil ihre Führer gar keine Sozialdemokraten seien, sondern durch die Verhältnisse in die Partei getrieben wurden. Der Redner griff die Tätigkeit der Mehrheitssozialisten heftig an. — Arb.-R. Kurbs sprach sich gegen die Truppensendungen nach dem Osten aus, weil dann die Entente bei uns einziehen würde.

Die Entschließung wurde hierauf angenommen.

Außerdem wurde noch ein Antrag angenommen, nach dem ordnungsgemäß gewählte Vertreter Sitz und Stimme im Großen Arb.-Rat haben, und auch die Vertreter der Eisenbahner sich den Bestimmungen, die für die Vertreter der Arbeiter maßgebend sind, zu unterwerfen haben.

Die Beisetzung des Professors Dr. med. L. Mohr.

Am 7. Januar erfolgte die Einäscherung und Beisetzung des am 31. Dezember an einer Blutvergiftung erlegenen Direktors der medizinischen Universitäts-Poliklinik, des Herrn Professors Dr. Mohr auf dem Gertraudenfriedhofe. Um 3 Uhr nachmittags hatte sich in der Kapelle eine stattliche Trauerversammlung eingefunden, an der die Mitglieder der medizinischen Fakultät und viele treue Freunde des großen Gelehrten und Arztes teilnahmen. Die Trauerfeier wurde durch ein vom Stadtsängerchor gesungenes Lied eingeleitet, worauf Herr Pastor Knoblauch in den Verstorbenen den Menschen kennzeichnete. Am blumengeschmückten Sarge des Hingeschiedenen nahm sodann der Direktor der medizinischen Klinik, Herr Professor Dr. Bolhard das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Unser Kollege Mohr, kraftstrotzende Mann, dessen unverwüstliche Gesundheit vier Jahre den Strapazen des Krieges getrotzt hatte, ist gefallen, erlegen im Kampfe gegen eine schwere, heimtückische Krankheit, eine Blutvergiftung. Sie hat ihren Ausgang genommen von einer alltäglichen banalen Hautinfektion, die er unglücklicherweise auf der Flucht durchgen, überaus schwierigen und beschwerdereichen Jahre, volle vier Wochen in Anspruch nehmenden Reise von Konstantinopel in die Heimat nicht entsprechend pflegen konnte. Seine wissenschaftliche Bedeutung auf dem Gebiete der Stoffwechselkrankheiten ist ganz unbestritten. Man kann kein Lehrbuch und keine Arbeit über die Erkrankungen des Stoffwechsels, über Zuckerkrankheit, Gicht, Fettsucht usw. aufschlagen, ohne auf Schritt und Tritt seinen Namen zu begegnen. Einen großen Erfolg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190109034/fragment/page=0001

sondre ihm in den letzten Jahren ein Handbuch der inneren Medizin, in dem der moderne Gesichtspunkt vorherrschend sein sollte, weniger die anatomischen Organveränderungen als die krankhaften Störungen der Funktion in den Mittelpunkt der Darstellung zu bringen. Wenn er selbst an diesem Werke, das Mohrs Namen für alle Zeiten mit der inneren Medizin eng verbunden hat, nicht in größerem Maße produktiv beteiligt war, so lag dies an seiner ungewöhnlichen praktischen Begabung und Eignung für den ärztlichen Beruf, die eine ebenso ungewöhnlich starke Inanspruchnahme als Arzt zur Folge hatte. Auf diesem Gebiete der praktischen Ausübung der Heilkunst — und Mohr war als Arzt ein Künstler — erzielte er dank dieser spezifisch ärztlichen Begabung und vortrefflichen Ausbildung die größten Erfolge. Vielleicht ist dieser unerhörte ärztliche Erfolg jenen er sich erfreuen durfte — und darin liegt das tragische Moment seines Lebens — daran schuld, daß er das von ihm mit allen Fasern seiner Kraftnatur ersehnte Ziel, das Ordinariat, noch nicht erreicht hat. Als unerwartet früh der damalige Leiter der Medizinischen Klinik von Mehring einem Nierenleiden erlag und Ad. Schmidt an seine Stelle rückte, da rief die med. Fakultät einstimmig den eben erst an der Berl. Klinik habilitierten jungen Privatdozenten Mohr zurück an die Med. Poliklinik. Die Studenten — und Aerzte — waren begeistert von ihm, von seinem frischen, anregenden Vortrag. Rasch stieg das Ansehen des jungen Poliklinikers auch in der Stadt Halle und ihrer Umgebung. Noch nie zuvor hatte der Leiter der Poliklinik sich solch eine überragende klinische und ärztliche Bedeutung zu verschaffen gewußt, wie Mohr, und ohne es zu wollen zog ihn die Praxis in ihren geschäftigen Strudel und drohte, ihn dem Dienste der reinen Wissenschaft allmählich zu entziehen. So kam es wohl, daß ihm im akademischen Leben späterhin Enttäuschungen nicht erspart blieben, wenn er solche auch leichter tragen konnte als mancher andere, dank der überragenden Stellung, die er sich hier geschaffen hatte. Der Mensch Mohr hatte daran keinen geringen Anteil. Er war ein Herrenmensch, und einer, der ihn nicht am Krankenbett gesehen hat, hätte nicht leicht hinter ihm die Güte, Aufopferungsfähigkeit, den Ernst und die Pflichttreue mit denen er seine Kunst ausübte, vermutet, nicht von dieser Voll- und Kraftnatur die zarte Rücksicht und Liebe erwartet, mit der er seine Mutter umgab, die treue brüderliche Gesinnung, die er seinen Geschwistern entgegenbrachte.

Im Namen und im Auftrage der medizinischen Fakultät seiner lieben Alma mater Fridericiana lege ich diesen Kranz als letzten Abschiedsgruß an seiner Bahre nieder.

Hierauf sang das Stadtsängerchor noch ein letztes Lied und der Sarg senkte sich zur Einäscherung.

Die Evangelische Volkspartei gegen die „Hallische Zeitung".

Die unlängst gegründete Evangelische Volkspartei wandte sich gegen den Versuch der Hallischen Zeitung, die neue Partei vor den Wagen der Konservativen oder wie sie modern sich nennen: der deutsch-nationalen Volkspartei, zu spannen, mit folgender Erklärung:

„In der „Hallischen Zeitung" vom 4. Januar finden wir im Anschluß an einen Bericht über den Parteitag der Evangelischen Volkspartei die Erwartung ausgesprochen, daß sich die junge Partei der Deutsch-nationalen Volkspartei anschließt. Um jeder Unklarheit zu wehren, stellen wir fest, daß der Parteitag den Anschluß an eine einzelne Partei ausdrücklich abgelehnt hat. Solange die Evangelische Volkspartei noch keine eigenen Wahlvorschläge aufstellen kann, läßt sie ihren Freunden die Wahl jeder Partei offen, die für das Christentum eintritt. Die Evangelische Volkspartei ist in der Absicht gegründet, statt der zersplitterten Klassenpolitik kommende Gerechtigkeitspolitik zu treiben, und sie würde ihre eigene Marschroute zerstören, wollte sie sich von vornherein mit einer einzelnen Klassenpartei vermischen. Christentum ohne jeden Klassengegensatz rechts oder links ist ihre Losung."

Gasversorgung.

Die während des Krieges in immer steigendem Maße aufgetretenen Schwierigkeiten in der ordnungsmäßigen Gasversorgung, hervorgerufen durch die in jeder Hinsicht unzulängliche Versorgung des Gaswerkes mit geeigneter Kohle in Verbindung mit dem Mangel an tüchtig vorgebildeten Arbeitskräften, haben zu einer dagegen[illegible] Verfügung geführt, die Verwendung von Gas — insbesondere zu Beleuchtungszwecken — gesperrt. Nachdem nunmehr durch die Rückkehr der zum Heeresdienst eingezogenen, eingearbeiteten Kräfte aus dem Felde ein Teil dieser Schwierigkeiten behoben ist, stellt sich die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke ihren Gasabnehmern in weitgehendem Maße zur Verfügung, um dort, wo den Privatinstallateuren die Instandsetzung der Beleuchtungs- und Kochanlagen nicht gelingt bezw. wo die Störungen in den Anschlußleitungen verursacht werden, helfend einzugreifen. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß die Druckverhältnisse — mit Ausnahme während der Sperrzeiten — durchaus normale sind und der Heizwert jetzt nach Möglichkeit annähernd auf Friedensstand gehalten wird. Mängel in der Gasversorgung können also nur auf lokale Störungen zurückgeführt werden.

Es wird gebeten, derartige Meldungen möglichst schriftlich an die Verwaltung zu richten, ihre Erledigung erfolgt grundsätzlich in der Reihenfolge des Eingangs.

Der Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen

hat nach längerer Kriegspause seine regelmäßige Tätigkeit wieder aufgenommen. Erster Vorsitzender ist Herr Prof. Dr. Pringsheim. Zum Geschäftsführer wurde Herr Dr. Kurt Schlüter gewählt.

Die Hauptversammlung bot außer wichtigen geschäftlichen Punkten auch einen interessanten Vortrag. Herr Professor Dr. Pringsheim sprach an der Hand vorzüglicher eigener Lichtbilder (zum Teil Autochrome) über „Die Pflanze und das Licht". Er betonte zunächst, daß die Pflanze in ihrer Ernährung vom Lichte abhängt und daß sich daraus ihr Bau erklärt. Sie allein vermag die Lichtenergie auszunutzen, die sie zur Herstellung von Bau- und Nahrungsstoffen verwertet. Im Dunkeln kreist sie durch Verlängerung ihres Stengels das Licht zu erreichen. Mannigfache Einrichtungen dienen dazu, den Boden zu durchbrechen. Darauf neigen sich die Stengel dem Lichte zu und stellen die Blätter so ein, daß sie möglichst günstige Beleuchtung gewinnen. Im Waldesschatten können nur wenige grüne Pflanzen gedeihen. Daher sehen wir dort nur im Frühjahr einen bunten Blütenteppich, während Schlingpflanzen in die Baumkronen emporklimmen, um günstige Beleuchtung zu erlangen. Auch auf die Gestalt der Bäume hat das Licht Einfluß, so daß sie im dichten Bestande anders aussehen als vereinzelt auf sonniger Fläche. Eine Abhängigkeit vom Lichte sehen wir auch bei anderen Organismen, soweit sie grün sind, während Bakterien durch das Lichte geschädigt werden.

Einheitsschule und Mittelschule.

In Nr. 160 der „Saale-Zeitung" ist unter der Ueberschrift „Hallischer Lehrerverein" ein Artikel veröffentlicht worden, der sich mit der Mittelschule beschäftigt. Die Ausführungen des Artikels nötigen zu einer Entgegnung. Der Zusatz zu den Schulforderungen des Preuß. Lehrervereins, der die vollständige Beseitigung der Mittelschule fordert, verdankt seine Annahme im hiesigen Lehrerverein einer Mehrheit, die nur wenige Stimmen betrug. In einer Sitzung desselben Vereins, die wenige Wochen früher stattfand, war ein inhaltlich gleicher Antrag abgelehnt worden. Der Zusatzantrag entspricht auch kaum der Ansicht der Mehrheit der Volksschullehrerschaft. Wenigstens fordert der Preußische Lehrerverein, daß sich auf der gemeinsamen Grundschule die Hilfsschule und die Mittelschule aufbauen soll. Lewes, der in der Frage der Einheitsschule einer der hervorragendsten der Volksschullehrerschaft ist, verlangt durchaus die Mittelschule als ein Glied des Einheitsschulsystems, wie auch in den Leitsätzen für die Versammlung der Vertreter des Preuß. Lehrervereins der Provinz Sachsen die Mittelschule in gleicher Weise gefordert wird.

Es kann ja auch nicht anders sein. Die Notwendigkeit der Mittelschulbildung ergibt sich sowohl aus den Anlagen und Fähigkeiten der Kinder wie aus wirtschaftlichen Gründen, die eine auf das Praktische gerichtete, über das Volksschulziel hinausgehende Schulbildung fordern.

Der Verfasser des Artikels möchte diese Aufgabe, abweichend von den gegenwärtigen Verhältnissen, „im Rahmen der Volksschule" gelöst wissen, d. h., diejenigen Klassenzüge, die die Mittelschulbildung vermitteln, sollen nach seiner Meinung künftig nicht mehr in besonderen Schulhäusern verwaltet, sondern in der Volksschule mit untergebracht und von dem betr. Volksschulrektor mitverwaltet werden. Sie sollen auch nicht mehr „Mittelschulklassen", sondern etwa „A-Klassen" der Volksschule heißen. Der Verfasser verweist auf das Beispiel Hamburgs, wo man das Schulwesen so eingerichtet hat. Aber Hamburg hat erst im vergangenen Jahre begonnen, sein Schulwesen in dieser Weise zu ordnen, so daß Erfahrungen dort noch nicht vorliegen, auf die man sich berufen könnte. Dagegen ist in Charlottenburg der Versuch im Sinne des Artikels schon seit Jahren durchgeführt worden. Und gerade die Erfahrungen in dieser Stadt zwingen, die mit der Volksschule verbundenen Klassen, die nach dem Plane der Mittelschule arbeiten, zu besonderen Schulsystemen zu vereinigen, also das zu schaffen, was wir in Halle bereits besitzen. Die Fortbildungsschulen und die Hilfsschulen haben übrigens dieselbe Entwicklung erlebt. Sie sind vielfach zunächst der Volksschule als besondere Klassen angegliedert gewesen; je mehr sie aber wuchsen und sich entwickelten, desto notwendiger wurde das Zusammenlegen der Klassen zu selbständigen Schulen. Wer nur ein wenig sich in die Dinge der Schulverwaltung hineinzudenken vermag, der wird sich über diese Tatsachen nicht wundern. Jedenfalls in die Frage hereinträgt, warum man eine Einrichtung, die sich anderwärts als Verwaltungsnotwendigkeit ergeben hat, in Halle beseitigen und die Versuche nachahmen will, die dort zu der halbischen Einrichtung geführt haben.

In dem Artikel wird ausführlich auf die Vorschläge eingegangen, die ein im März 1917 gebildeter Ausschuß für eine zeitgemäße Ausgestaltung des hiesigen Schulwesens in einer an die städt. Körperschaften gerichteten Denkschrift gemacht hat. Da aus den Ausführungen des Artikels kein klares Bild über die Vorschläge der Denkschrift zu gewinnen ist, so seien folgende Bemerkungen gestattet: Der Ausschuß, dem Vertreter sämtlicher hiesigen Schulen von der Volksschule bis zur Hochschule angehören, hat sich sehr eingehend mit der Neuordnung des hiesigen Schulwesens beschäftigt. Er ist dabei, da damals nur so auf eine Annahme seiner Vorschläge gerechnet werden konnte, von der Voraussetzung ausgegangen, daß seine Anregungen die Eigenart der bestehenden Schulen möglichst unberührt lassen sollte. Er unterstützt die Forderung einer für alle Kinder gemeinsamen Grundschule, die allerdings nur drei Schuljahre umfassen soll, während der Hallische Lehrerverein vier Schuljahre ernstellt. Mit Beginn des 2. oder 3. Schuljahres sollen die gutbegabten Kinder zu besonderen Klassen vereinigt und nach einem besonderen Lehrplane unterrichtet werden, damit sie den Eintritt in eine höhere Schule mit Sicherheit erreichen können. Keineswegs ist dieser Vorschlag gemacht mit Rücksicht auf die Mittelschule, wie es in dem Artikel dargestellt wird, sondern lediglich um der Förderung der Kinder willen, die nun einmal verschieden begabt sind und verschieden schnell gefördert werden können. Die Kinder dieser Befähigtenklassen der Grundschule sollen, wenn es die Eltern wünschen, ohne Prüfung in die Mittelschule oder in eine höhere Schule aufgenommen werden. Unbemittelte Kinder sollen zunächst in die Mittelschule eintreten, und es soll für sie kein Schulgeld erhoben werden, auch sollen sie sämtliche Lernmittel umsonst erhalten. Die Zahl der Freischüler soll nicht begrenzt sein. Nach den Vorschlägen des Ausschusses können die Mittelschule und die höheren Schulen nur noch wirklich befähigte Kinder besuchen ohne Rücksicht auf die Vermögenslage ihrer Eltern. Wie der Artikel trotz dieser Vorschläge behaupten kann, die Mittelschule wäre auch dann noch eine Standesschule, das ist unverständlich, und ebenso unverständlich ist es, wieso die Arbeiter durch diese Vorschläge benachteiligt werden. Der Ausschuß empfahl dann weiter, daß für solche Kinder, die sich anfangs langsam entwickeln und die übrigens nicht nur in Arbeiterfamilien zu finden sind, noch durch spätere Uebergangsklassen der Eintritt in die Mittelschule ermöglicht werden soll. Wenn in dem Artikel gesagt wird, daß für diesen späteren Uebergang nur wenige Kinder in Frage kämen, so kann das richtig sein; es wäre das ein gutes Zeichen für die Beurteilung der Kinder durch die Lehrer. Der Ausschuß hat die Meinung vertreten, daß von diesen späteren Uebergangsklassen so viele einzurichten seien, als notwendig werden würden.

Die Vorschläge des Ausschusses sollen nach dem Artikel im wesentlichen ein Zukunftsprogramm für den Ausbau der hiesigen Mittelschulen, ja sogar der preuß. Mittelschule überhaupt, darstellen. Das letztere trifft gar nicht zu; denn nur hiesige Verhältnisse wollten die Vorschläge berücksichtigen, wie schon aus dem Namen des Ausschusses zur Genüge hervorgehen dürfte. Am meisten aber werden die Mitglieder des Ausschusses darüber erstaunt gewesen sein, als sie in dem Artikel gelesen haben, daß ihre Arbeit eine besondere Förderung der Mittelschule zum Ziele gehabt hätte. Es ist dem Ausschuß ja gerade darauf angekommen, den Volksschülern den Weg zur Weiterbildung in jeder Beziehung frei zu machen. Die Vorschläge des Ausschusses empfehlen die Gabelung der Oberstufe der Mittelschule, d. h. der drei obersten Mittelschulklassen, in der Weise, daß die Oberstufe der einen Schule mehr nach der gewerblichen, und die der anderen mehr nach der kaufmännischen Seite ausgebaut werden soll, weil so eine bessere Vorbildung für den späteren Beruf der Schüler ermöglicht wird. Das ist nicht eine willkürliche Forderung des Ausschusses, sondern eine praktische Einrichtung ist in den Mittelschulbestimmungen von 1910 ausdrücklich vorgesehen worden. Ebenfalls auf Grund dieser Bestimmungen wird die Einrichtung einer Mittelschulabteilung mit Englisch als verbindlicher und Französisch als unverbindlicher Fremdsprache empfohlen, um solchen Schülern, die von auswärtigen Mittelschulen kommen, in denen Englisch die Hauptfremdsprache ist, den Uebertritt in die hiesigen Mittelschulen zu ermöglichen und zu erleichtern. Dann ist noch vorgeschlagen worden, einen Präparandenkursus auf eine der hiesigen Mittelschulen aufzubauen, weil jährlich von Halle aus soviele Mittelschüler den Lehrerberuf wählen, daß der Kursus voll besucht werden wird. Die Eltern würden dann den Vorteil haben, ihre Söhne bis zum 17. Jahre zu Hause zu behalten und sie erst beim Eintritt ins Seminar nach auswärts zu geben. Endlich wird der Aufbau einer Fachschule zur Vorbereitung für den Eintritt in den städtischen Bureau- und Kassendienst empfohlen, wie eine solche Schule z. B. in Aschersleben besteht. Der Eintritt in den hiesigen städtischen Verwaltungsdienst kann erst mit dem 17. Lebensjahre erfolgen. Die Zeit bis dahin soll für die jungen Leute durch die erbetene Fachschule in zweckentsprechender Weise ausgefüllt werden. Auch wird in der Denkschrift noch der Wunsch ausgesprochen, daß für hervorragend begabte Mittelschüler und Mittelschülerinnen besondere Vorbildungsklassen für den Uebergang nach höheren Schulen vorgesehen werden möchten, und hierdurch soll den unbemittelten Kindern so gut wie den bemittelten der Uebergang in diese Schulen ermöglicht werden, den unbemittelten natürlich als Freischüler. In dem Artikel wird vollständig übersehen, daß alle diese Einrichtungen dem unbemittelten Kinde ebenso zugute kommen sollen wie jedem bemittelten und daß die Untüchtigen von den weiterführenden Schulen ferngehalten werden sollen. Die Vorschläge des Ausschusses wollen möglichst im Rahmen der vorhandenen Einrichtungen den Grundsatz durchführen, jedem Kinde nach Maßgabe seiner Befähigung die höchste Schulbildung zu ermöglichen. Würde der Aufstieg der Tüchtigen durch sogenannte „A-Klassen" hindurch erfolgen, dann müßten auch diese, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollten, im Sinne jener Vorschläge ausgebaut werden. Man würde dann freilich künftig noch ebensogut von einer Bevorzugung dieser Klassen reden können, wie man heute von einer Bevorzugung der Mittelschule spricht.

Daß bei so ungemein schweren Fragen, wie sie die Neuordnung unseres Schulwesens mit sich bringt, die Meinungen auseinandergehen, das ist nicht anders zu erwarten. Der Ausschuß will das bewährte Alte festhalten und darauf weiterbauen. Es werden nicht alle, die über diese Fragen nachdenken, ihm daraus einen Vorwurf machen, auch wenn in der nächsten Zeit dieser oder jener Vorschlag überholt werden sollte.

F. Kirchert, Mittelschullehrer.

Wahlrecht für Soldaten.

Nach einer Verordnung der Reichsregierung können Soldaten, die nach dem 6. Januar aus dem Felde heimkehren, ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen werden, wo sie sich am Wohnsitze aufhalten. Die Bescheinigungen werden von den nächsten Dienstvorgesetzten ausgestellt.

Das Kriegsministerium hat dazu angeordnet: Die Angehörigen des Heeres, die bis zum 6. Januar 1919 sich in ihrem Standort befinden, sind wie Zivilpersonen in die Wählerlisten einzutragen. Die Truppenteile haben der die Wählerlisten aufstellenden Behörde die erforderlichen Unterlagen zu geben. Im übrigen ist es Pflicht jeder wahlberechtigten Person des Soldatenstandes, sich davon zu überzeugen, daß sie in die Wählerliste eingetragen ist. Die Verordnung und der Erlaß des Kriegsministeriums werden am Montag in dem Armee-Verordnungsblatt veröffentlicht.

Zur Feldpostverkehr nach dem Osteer

treten mit Zustimmung der Heeresverwaltung von sogleich ab folgende Beschränkungen ein. Es sind nur noch zulässig:

1. Für die Truppen im Bereich der Heeresgruppe Kiew (Ukraine einschließlich Gebiet der Etappen-Inspektion Bug) amtliche gewöhnliche und eingeschriebene Briefe und Postkarten sowie in Privatangelegenheiten: gewöhnliche Briefe und Zeitungen bis 50 Gramm Gewicht und Postkarten. Hiernach werden nicht mehr angenommen: Privatbriefe über 50 Gr. Gewicht (Päckchen), amtliche und private Postanweisungen und Sendungen unter Wertangabe sowie Dienstpakete.

2. Für die in Kurland, Livland, Litauen usw. stehenden Truppen der 8. und 10. Armee amtliche, gewöhnliche und eingeschriebene Briefe und Postkarten, Postanweisungen und Dienstpakete sowie in Privatangelegenheiten: gewöhnliche Briefe und Zeitungen bis 50 Gr. Gewicht, Postkarten und Postanweisungen. Hiernach werden nicht mehr angenommen: Privatbriefe über 50 Gr. Gewicht (Päckchen) sowie amtliche und private Sendungen unter Wertangabe. Trotzdem noch aufgelieferte unzulässige Sendungen werden den Absendern zurückgegeben werden.

Es wird dringend empfohlen, in den Aufschriften der Sendungen an die Truppen des Ostteeres außer dem Zusatz „Osten" künftig auch noch das Land (Kurland, Litauen, Ukraine usw.), in dem der Empfänger sich befindet, anzugeben, damit bei den Postanstalten Zweifel über die Zulässigkeit der Sendungen vermieden werden.

Abliefern!

Es ist vor einigen Tagen schon bekannt gemacht worden, daß große Mengen Tuch und Bekleidungsstücke, die aus Heeresbeständen stammen, gestohlen und an die Bevölkerung verkauft worden sind. Abgesehen von der Verwerflichkeit solchen Treibens muß auch nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß unsere heimkehrenden Frontsoldaten, die jahrelang die Gefahren und Entbehrungen des Krieges getragen und dem Vaterland die Schrecken des Krieges ferngehalten haben, auf das Schwerste durch ein solches Verfahren geschädigt werden. Tatsächlich liegen die Verhältnisse heute so, daß ein Ersatz für die abgerissenen und unbrauchbar gewordenen Felduniformen sehr häufig nicht möglich ist. Auf den Straßenbahnen, überall in der Oeffentlichkeit kann man hören, wie die heimkehrenden Krieger ihrem Unmut darüber Ausdruck geben, daß sie nicht einmal in der Lage sind, für den zerfetzten oder abhanden gekommenen Mantel einen Ersatz zu erhalten.

Die Ablieferung der Heeresbekleidungsstücke ist daher, wie das Reichsverwertungsamt heute treffend zum Ausdruck bringt, auch eine moralische Pflicht, ganz abgesehen daran, daß die Nichtbefolgung des darüber erlassenen Gesetzes schwere Strafen nach sich zieht.

Zum Verschwinden des Geldbriefträgers Schlegel.

Unter Hinweis aus das Verschwinden des Geldbriefträgers Karl Schlegel hat eine Zeugin, die ihn persönlich kennt, ausgesagt, daß sie ihn gegen 5 Uhr nachmittags Ecke Lerchenfeld- und Jacobstraße im Gespräch mit einem Herrn gesehen habe. Mit diesem soll er die Richtung nach der Glauchaer Straße eingeschlagen haben. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Sein Begleiter wird beschrieben: etwa 40 Jahre alt, blonder Schnurrbart, schwarzer, heiser Filzhut und schwarzer Ueberzieher. Alle Personen, die Auskunft über den Verbleib des Schlegel geben können, werden ersucht, alle Wahrnehmungen der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 71 oder 72, mitzuteilen.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Freitag für die Lebensmittelscheine 67 001—69 800 vormittags von 8—12 Uhr und 69 861—74 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person ein Ei.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag auf Abschnitt 8 bei dem Milchhändler Brockhaus, Ludwigstr. 26, Milchhändler Bergholz, Weißenburg Straße 12, Milchhändlerin Stein, Spitze 8 und Milchhändlerin Berger, Volkmannstr. 3a. Auf jeden Abschnitt ½ Pfund.

Städtischer Verkauf von Käse am Freitag in der Talamtschule für die Lebensmittelscheine 8001—9500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und 9501—12 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person 55 Gramm zum Preise von 20 Pfg.

Abgabe der Petroleums für die Haushaltungen gegen Abgabe der (gelben) Litermarken in den städtischen Ausgabestellen nach den Nummern der Lebensmittelscheine, die vorzulegen sind, in nachstehender Reihenfolge: 10. Januar vorm. 1—4000, nachm. 4001—8000. 11. Januar vorm. 8001—12 000, nachm. 12 001—16 000. 13. Januar vorm. 16 001—19 000, nachm. 19 001—23 000. 14. Januar vorm. 23 001—27 000, nachm. 27 001—31 000. 15. Januar vorm. 31 001—34 000, nachm. 34 001—38 000 Gr. Märkerstr. 8; 16. Januar vorm. 38 001—42 000, nachm. 42 001—46 000. 11. Januar vorm. 46 001—49 000, nachm. 49 001—53 000. 13. Januar vorm. 53 001—56 000, nachm. 56 001—60 000. 14. Januar vorm. 60 001—63 000, nachm. 63 001—67 000. 15. Januar vorm. 67 001 bis 70 000, nachm. 70 001—74 000 Lessingstr. 39.

Vorübergehende Zulassung von Paketsendungen in das von den Engländern besetzte Gebiet. Wie in der Sitzung der Kölner Handelskammer bekannt gegeben wurde, ist nach Mitteilung der Eisenbahndirektion und der Oberpostdirektion vorübergehend der Paketverkehr zugelassen. Vom 9. bis 13 Januar können Pakete aus dem dortigen, von Briten besetzten Gebiet in das Reich geschickt werden, während aus dem Reiche Pakete vom 9. bis 12 Januar angenommen werden. Sperrige Pakete sind von der Beförderung ausgeschlossen. Die ganze Paketverre ist nicht durch die britische Besatzung, sondern durch technische Schwierigkeiten infolge Sperrung des Eisenbahnverkehrs über den Rhein verursacht worden.

Die Soldatenversammlung, die für heute, Donnerstag, nach dem Volkspark einberufen worden war, findet unglücklicherweise nicht statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190109034/fragment/page=0002

Kostenloser Genuß. Auf den heute abend 8 Uhr stattfindenden Gesellschafts-Konzert des Stadttheater-Orchester sei nochmals empfehlend hingewiesen. Der Eintrittspreis beträgt für Nichtabonnenten 1 Mark. (Siehe Anzeige.)

Stadttheater. Heute, Donnerstag, gelangt Biörnsons Schauspiel „Ueber unsere Kraft", 2. Teil, erstmalig zur Aufführung. Freitag „Die weiße Dame". Oper von Boieldieu. Sonntag abend wird die komische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" zum ersten Male wiederholt. Am Freitag, Sonnabend und Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, geht das Märchen „Schneewittchen" in Szene. Am Sonnabend, den 11. Januar, abends 8 Uhr, findet das Sinfonie-Konzert des Stadttheaters in dieser Spielzeit unter Leitung von Paul Graener statt. Die Solistin des Abends, Hertha Dehmlow, bringt Lieder von Franz Schubert und Paul Graener zum Vortrag. An Orchesterwerken sind die Ouvertüre zu „Rosamunde" und die unvollendete Sinfonie von Franz Schubert, ferner „Till Eulenspiegels lustige Streiche" von Richard Strauß vorgesehen. Paul Graener ist gestern in Halle eingetroffen um die weiteren Proben persönlich zu leiten.

Im Thaliatheater gelangt als Gastspiel des Stadttheaterpersonals **am Sonntag, den 12. Januar**, abends 7½ Uhr, Walter Harlans Lustspiel „Die vorsichtige Junsfrau" unter der Spielleitung des Oberspielleiter Theo Modes zur Aufführung.

Der angekündigte Klavierabend der einheimischen Pianistin Martha Benkenstein muß infolge eingetretener Hindernisse einige Zeit verschoben werden. (Siehe auch Anzeige.)

Der Tanz-Abend der Tänzerin Hildegarde am Dienstag im Thaliasaal konnte vor einem zahlreich erschienenen Publikum stattfinden. Die Tänzerin, trotz ihres südeuropäischen Namens eine Vollblutgermanin, überraschte und entzückte durch eigenartige Tanzfiguren, durch Geschmeidigkeit und schlangenhafte Gelenkigkeit, feinste Durchführung auch recht schwieriger Stellungen und äußerst geschmackvolle Kostümierung. Das Hervorragendste des Abends war zweifellos der „indianische Schlangentanz", in dem durch ungemein geschickte Schlangenbewegungen des ganzen Körpers, insbes. der Arme und Hände das Lauernde, Schleichende, Hinterhältige, Plötzliche der kriechenden Bestie gekennzeichnet wurde. Außerdem seien hervorgehoben eine „grande valse" von Chopin mit einem brillanten Zehenstandtanz, ein „Bravour-Springtanz", der besondere Kraftleistungen beanspruchte, ein flottes „Bizzicato", ein wilder „Indianertanz", ein Rokokoglanzstück und die sehr charakteristisch gestaltete und mit allbekannter Leidenschaft gestattete 2. Ungarische Rhapsodie von Liszt. — Die Darbietungen begeisterten das Publikum zu rauschendem Beifall. Ka.

Einen lustigen Nachmittag für kleine und große Leute mit Licht- und Schattenbildern hatte Baron Carlo von der Kopp am Mittwoch nachmittag im Thaliasaal veranstaltet. Herr v. d. Kopp fand von vornherein wieder den richtigen Ton, die Aufmerksamkeit der Kleinen zu fesseln und ihre Herzen empfänglich zu machen. Er brachte vier kleine Stücke von Heinrich Hofmann, dem Verfasser des Struwwelpeter, von welchen „Vom Fünftein, das spazieren ging" und auf seinem Spaziergange eine ganze Stadt einsicherte, und „Der Herr Knips", ein kleiner Gerngetzt, besonders gefielen. Dann folgten 25 hübsche Schattenbilder von Konewka, Szenen aus dem Leben der Kinder, von Trojan und Eichberg mit Versen versehen. Der zweite Teil brachte drollige Darstellungen eines Militärtomms in der Tiermelt, die Serie „Wie die Tiere Soldaten werden wollten" von Flinzer mit Versen von Georg Böticher, die den Kindern so ausnehmend gefielen, daß sie hin und wieder mitdeklamierten und durch allerlei Zwischenbemerkungen und freudiges Beifallklatschen ihre rege Anteilnahme bekundeten. Ka.

Im **Apollotheater** findet heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr, die Erstaufführung von „Die Prinzessin vom Kil", Operette in drei Akten von Landsberger und Cornelius, Musik von Viktor Holländer statt. Der Komponist, der die Erstaufführung seines Werkes selbst dirigieren wollte, hat leider infolge der Unruhen in Berlin und der damit verbundenen Reisehindernisse sein Erscheinen telegraphisch absagen müssen. Sollten sich die Verkehrsverhältnisse bessern, so hat er sein Kommen in nächster Zeit in Aussicht gestellt.

Wie Kunst erlöst, lautete das Thema, über das Herr Dr. Bruno Wille am Montag abend im Thaliasaal vor Mitgliedern der Literarischen Gesellschaft sprach. Der Vortragende führte aus, daß die Neugestaltung der menschlichen Verhältnisse nicht nur eine äußerliche, eine politische und wirtschaftliche, sondern vor allem eine innerliche, eine Erneuerung der Gesinnung sein muß. Philosophen und Künstler haben einen starken, schönen Menschen verlangt, ein körperlich und seelisch übermenschliches Wesen. Die Künstler haben in ihren Gestalten diesen neuen Menschen vorgezeichnet, so besonders Goethe in seinen Idealgestalten, auch Böcklin, Millet und Meunier. Diese Künstler zeigen heidische Gestalten. Auch in G. Hauptmanns Dichtungen kommt die Sehnsucht nach einem höheren Sinn zum Ausdruck. Die Künstler aller Art erschließen uns durch ihre Werke eine eigene Welt entdeckender Werte, unsere eigentliche Heimat, das Ersinnen unserer Sehnsucht. Denn die realistische Welt ist etwas Einseitiges, Flächenhaftes, während die ideale Seite der Welt, wie sie aus unserem Innern erblüht, uns erst den ungeheuren Reichtum, die Unendlichkeit der Formen und des Inhalts aufzeigt. Dabei spielt das künstlerische Erlebnis eine bedeutende Rolle, das in einer verklärten Auffassung der Außenwelt, in einer Ausstrahlung unserer innerlichen Welt, in einer Durchleuchtung der Natur durch unsern Geist und unser Gemüt besteht. In dieser Verklärung der ganzen rohen, auch unscheinbarer Dinge und Erlebnisse, liegt die erlösende Macht des künstlerischen Erlebnisses. Die Kunst macht uns los von Qualen, Niedrigkeit und Minderwertigkeiten des Gemüts und erfüllt uns mit Freude, hohem Streben und Bedeutsamkeiten. Darum wirkt jedes Kunstwerk wie ein „erlösendes Wort". Das Kunstschaffen geschieht aus dem kosmischen Gestaltungstrieb, der das chaotische Leben ersetzt, in eine ideale Form bringt und mit bedeutendem Inhalt erfüllt. Der Sprachkünstler, der Dichter vermag das vor allem durch die Anschaulichkeit seiner Ausdrucksweise; die dichterische Sprache ist eine Erlösung von der Anschauungslosigkeit. Der anschaulich bildende Künstler erschließt uns die leuchtende Magie, die Herrlichkeit der Welt. So führt uns der echte Künstler wieder der Natur in die Arme und öffnet uns Blick und Herz für das Ewige in ihr. Liebe ist die tiefste Seele des Künstlers und Kunstwerks, Liebe zur Natur vor allem. Die Liebe des Künstlers steigert die Wirklichkeit und reift uns durch das Kunstwerk, das ein Ausdruck erhöhten, gesteigerten Seins ist, mit fort zu der großen Liebe, die ihm innewohnt. So vermag er endlich die Welt klar und leidenschaftslos in seinem Geiste zu spiegeln und erlebt in jedem Augenblick ein ewiges Sein in Gemeinschaft mit dem All, dem Unendlichen und allem, was es erfüllt. K.

Hilly Ohnesorg, unsere bekannte hallische Bühnenschriftstellerin und Librettistin, hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen: In Lübeck — Hansatheater — fand am Neujahrstage die Uraufführung der seinen bezeichnen Operette „Comtesse Didi" von Hilly Ohnesorg — nach einer Idee von Leo Walter Stein und der frischen Musik von Fritz Hartmann statt. Der Beifall steigerte sich bis zum Schluß; viele Nummern mußten wiederholt werden. Das Haus war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Bruno Heydrichs Konservatorium für Musik und Theater teilt mit, daß neben den Berufskünstlerklassen für Gesang, Redekunst, Klavier, Violine, Cello, Kontrabaß, Blasinstrumente, Dirigenten, Schauspieler, Lehrer (Diplom und Abschlußprüfung nach den Satzungen des Direktoren-Verbandes deutscher Konservatorien und Musikseminare) auch Klassen für Freunde der Tonkunst und für Kinder vom 7. Lebensjahre an eingerichtet sind für Klassen- und Einzelunterricht. Eintritt jederzeit. Sprechstunden außer Sonn- und Festtags täglich von 12—1 und 3—4 Uhr. Satzungen durch das Sekretariat. (Näheres siehe Anzeige.)

Zu der Kundgebung für unsere kriegsgefangenen deutschen Landsleute in allen Erdteilen, die Herr Tittel, hier, am Sonntag, den 12. Januar, vormittags von 11—2 Uhr, im großen Saale der Saalschloßbrauerei zu Halle Giebichenstein veranstaltet, sind die Eintrittskarten, die ausgegeben werden mußten, um die Ueberfüllung des Saales zu vermeiden, bereits vergriffen. Herr Tittel hat sich deshalb, um vielfach geäußerten Wünschen zu entsprechen, entschlossen, eine gleiche zweite Kundgebung am Sonntag, den 2. Februar, vormittags von 11—2 Uhr, in demselben Saale zu veranstalten, zu der er die Eintrittskarten vom nächsten Montag ab kostenlos verabfolgt.

Aus der Domgemeinde. Sonntag, den 12. Januar, wird der Hauptgottesdienst zu einem feierlichen Begrüßungsgottesdienst der aus dem Kriege heimgekehrten Gemeindeglieder gestaltet werden, bei dem auch unser Kirchenchor mitwirken wird. Besondere Einladungen dazu werden in diesen Tagen ergehen. Wer versteckterweise übergangen sein sollte, habe diese Zeilen als herzliche Einladung an. Möchte keiner von denen — mit den Scharen — fehlen, denen eine glückliche Heimkehr geschenkt worden ist.

Die Kosten des Fernsprechanschlusses. Auf Grund des § 3 der Fernsprechgebühren-Ordnung vom 20. Dezember 1899 (Reichsgesetzblatt Nr. 51) wird folgendes bekannt gemacht: Für jeden Anschluß an das Fernsprechnetz in Ammendorf-Radewell beträgt vom 1. April 1919 ab a) die Pauschalgebühr 144 Mk., b) wenn an deren Stelle die Grundgebühr und Gesprächsgebühren gezahlt werden 1. die Grundgebühr 72 Mk., 2. die Gesprächsgebühr 6 Pf., mindestens jährlich 24 Mk. Die Teilnehmer, welche an Stelle der Pauschalgebühr die Grundgebühr und Gesprächsgebühr zahlen wollen, müssen dies dem Postamt in Ammendorf-Radewell (S.) bis zum 1. März schriftlich mitteilen; sie erhalten alsdann zum 1. April andere Anschlußnummern. Teilnehmer, deren Jahresgebühren sich hiernach erhöhen würden, können ihre Anschlüsse zum 1. April kündigen. Die Kündigung ist bis zum 1. März schriftlich bei dem Postamt in Ammendorf-Radewell (Saalkr.) anzubringen.

Der Verband Hallischer Frauenvereine macht auf die Anzeige in der heutigen Nummer aufmerksam betreffend Vortrag von Dr. Remus: „Ueber die politischen Parteien".

Allerlei Räubereien. In der Nacht zum Mittwoch wurden aus einem an der Fakiltstraße gelegenen Stall 2 Ziegen, 28 Hühner und eine Anzahl Kaninchen gestohlen. Die Tiere wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet. — In der vergangenen Nacht wurde von einem Polizeibeamten und einem Militärposten am Reichbahnübergang zwei Männer angehalten, die umfangreiche Säcke trugen. Da sie auf Zuruf nicht standen, gab der Posten einen Schreckschuß ab. Die Männer ergriffen unter Zurücklassung der Säcke die Flucht. In diesen befand sich eine große Anzahl Pakete, die Zigaretten enthielten, sowie Küchengeschirr. Das Diebesgut wurde sichergestellt.

Gestohlen wurden vom 23. zum 24. Dez. 1918 ein goldener Trauring mit rötlichem Stein; ein goldener Ring mit grünlichem Stein; vom 29 zum 30. Dez. 1918 eine Zeiß-Kamera, 9×12 „Volte", Nr. 105 E, G. 5885, ein desgl., 6×9 „Lydia", Nr. 146 B. X. G. 10 850; 4 Dtzd. Sigurd-Platten 6×9; 4 Dtzd. desgl. 9×12; 4 Dtzd. Agfa-Platten 6×9 und 9×12; am 30. Dez. 1918 ein goldener Damenring glatter runder Reif mit einem Brillant und einer Perle; ein silbernes Handtäschchen mit viereckigem Bügel, darauf die Buchstaben „S. H." graviert; am 31. Dez. 1918 ein grauer Herrenanzug, der obere Teil mit braunleidenem Futter, im Aufhänger die Firma „Gottfiblig, Halle a. S.", am 5. Jan. 1919 eine Pappschachtel mit 1 Herrenmantelmuff, 1 Rotfuchsmuff, 2 Rotfuchsstolas, 1 Herrenmantelumhang, 1 dtzgrünsch. Jiffonumhang, 1 Ringelumhang, 1 japanischer Herrenmantel, 1 japanischer Herrenmantel, 1 Umhang mit Illistragen und 2 Maskatfuchsstolas.

*

Domgemeinde. Freitag abend 8 Uhr Kriegsbestundbe im Gemeindesaal Kl. Klausstr. 12, Domprd. Geh. Konsi.-Rat Joseph.

Wetternachricht der „Saale-Zeitung".
10. Januar:
Ohne Witterungsänderung.

Unsere heimkehrenden Fronsoldaten frieren.
Warum?
Weil die
Heeresbestände an Bekleidungsstücken
z. T. **beraubt**
sind und
Ersatz der abgerissenen Felduniformen **unmöglich**
ist.
Darum ist
Ablieferung des Heeresgutes moralische Pflicht!
Nichtbefolgung ist mit schwerer Strafe bedroht.
Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstrasse 66

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G. Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte. Depositenkasse Reilstrasse 133. Fernspr. 5389.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Durch Gemeindebeschluß vom 30. Oktober/18. November 1918 und mit Zustimmung der hiesigen Polizeiverwaltung sind die Fluchtlinien der im südöstlichen Bebauungsplane vorgesehenen Straßen Oc und Dd sowie des Teiles der Jonasstraße zwischen Huttenstraße und Straße L aufgehoben und zugleich an den Mündungen dieser Straßen für die Beesener-, Hutten- und Turmstraße sowie Straße L neue Fluchtlinien festgesetzt worden.

Der hierzu gehörige Plan liegt im Magistratsbureau 1 (Wagegebäude, Zimmer 23) zu jedermanns Einsicht aus. Einwendungen gegen ihn sind innerhalb einer mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beginnenden Frist von 4 Wochen bei dem unterzeichneten Magistrat anzubringen.

Halle, den 4. Januar 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Alle ausländischen Arbeiter sind verpflichtet, bis spätestens 15. Januar 1919 bei den Polizeirevieren ihrer Arbeitsstelle den Antrag auf Ausstellung einer neuen Legitimationskarte zu stellen.

Dem Antrage sind die vorjährigen Legitimationskarte und die Heimatspapiere beizufügen. **Auch wenn die vorjährige Legitimationskarte aus einem in dem Antragschreiben näher zu bezeichneten Grunde nicht beigefügt werden kann, muß der Antrag innerhalb der vorbezeichneten Ausschlußfrist gestellt und es muß ausgebenenfalls tunlichst die Nummer der vorjährigen Legitimationskarte angegeben werden.**

Die Arbeitgeber werden hiermit aufgefordert, für den rechtzeitigen Umtausch der Arbeiter-Legitimationskarten Sorge zu tragen und den Arbeitern bei Gestellung des Antrages behilflich zu sein.

Halle, den 7. Januar 1919.
Der Arbeiter- und Soldatenrat: Die Polizeiverwaltung.
K. Reimand.

Nachtrag

zur Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer von der Erlangung der Erlaubnis zum ständigen Betriebe der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus in der Stadt Halle vom 6. Juni 1909.

Auf Grund der §§ 13, 18 und 82 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 und des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 15. April 1918 wird § 4 der in der Ueberschrift bezeichneten Steuerordnung wie folgt erweitert:

Eine Steuer wird nicht erhoben,
1.—3. wenn
4. wenn der frühere Inhaber einer Erlaubnis (§ 1), welche nach seiner Einziehung zum Heeresdienst im gegenwärtigen Krieg seinen bisherigen Betrieb unter endgültigem Verzicht auf die Erlaubnis eingestellt hatte, eine neue Erlaubnis zu einem Betriebe derselben Art erhält, vorausgesetzt, daß er die Erteilung dieser Erlaubnis innerhalb eines Jahres nach seiner Entlassung aus dem Heeresdienst nachgesucht hat.

Halle, den 5. November 1918.

Der Magistrat.
(L. S.) Rive. Seydel.

Vorstehender Nachtrag wird hierdurch genehmigt.
Merseburg, den 16. Dezember 1918.
Namens des Bezirks-Ausschusses. Der Vorsitzende.
B. A. 2310. (L. S.) J. V.: Dr. Loesener.

Vorstehender Nachtrag wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Halle, den 4. Januar 1919. Der Magistrat.

Das Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung des in Halle, Philipstraße 6 belegenen, im Grundbuche Band 146 Blatt 5177 auf den Namen der Ehefrau des Maschinenbauers Böhme, Wilhelmine geb. Mäbius eingetragenen Grundstücks wird aufgehoben.

Der auf den 22. März 1919 bestimmte Termin fällt weg.

Halle (Saale), den 4. Januar 1919.

Amtsgericht, Abt. 7.

Rathskeller-Vermietung.

Die hiesige Ratskellerwirtschaft soll von 1. April d. J. ab auf 6 Jahre anderweitig verpachtet werden. Es gehören dazu: ein Gastzimmer mit Wäscherraum von 135 qm nebst Küche, Spülküche, Speisekammer und Kohlengelaß, sowie zwei Bier- und Weinkeller von zusammen 85 qm.

Außerdem wird ein Platz in ebener Erde von 38 qm Größe neben dem Eingange des Ratskellers zum Aufstellen einer Veranda im Sommerbetriebe überlassen.

Die Wohnung wird dem Pächter auf Wunsch ein Quartier von 5 Zimmern nebst Küche, 2 Kellern und einer Bodenkammer in einem am Marktplatz in unmittelbarer Nähe des Ratskellers gelegenen städtischen Wohnhause überwiesen.

Die Pachtbedingungen liegen im Rathause — Zimmer Nr. 1 — aus und können auf Wunsch in Abdruck überlandt werden. Angebote sind bis zum 1. Februar d. J. einzureichen.

Cöthen, den 2. Januar 1919. V047/k1

Der Magistrat.

In das Handelsregister B ist bei dem **Braunkohlenwerk Hermine**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bitterfeld, eingetragen: **Dr. Hugo Goldermann** zu Wolfen ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Die neu ernannten Geschäftsführer Dr. Meisenbach und Robert Chapman sind berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Bitterfeld, 23. Dez. 1918.
3044b **Amtsgericht.**

An der Neubaustrecke Mansfeld-Pippra sind an verschiedenen Stellen noch restliche Erdarbeiten auszuführen, insgesamt etwa 4550 cbm Boden. Angebotsfrist sind vom Betriebsamt 1, Wiederstedter, gegen Zahlung von 1 Mk. in bar zu beziehen. Die Angebote sind mit entsprechender Aufschrift zu versehen und bis zum 17. Januar, 11 Uhr vorm., portofrei an besagtem Betriebsamt 2, Wiederstedter, zu reichen, zu welcher Zeit die Angebote in Gegenwart etwa erschienener Bewerber geöffnet werden. Zuschlagsfrist 14 Tage. A105

Eisenbahnbetriebsamt
Wiederstedter, im Januar 1919.

Vermischtes

Steuer-Erklärungen,
Büchsenrevisor Meyer Halle a. S.
Steinweg 12. Tel. 3341.

Verzinkte
Aufwaschwannen
gutestarke Ausführung
sehr billig
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90.

Seidene Damenstrümpfe
schwarz und weiss
empfiehlt V3385
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstraße 84.

Batist-Kragen
für
Blusen und Jacken.
Steter Eingang von Neuheiten
sehr preiswert.
H. Schnee, Nachf.
Gr. Steinstr. 84.

Verkehrs- u. Leihzaum
Gr. Ulrichstr. 52
befindet sich eine sehr
grosse, reichhaltige
Leihbibliothek
über 30000 Bände!
Ständige Ergänzung durch
die
wichtigsten u. besten
Neuerscheinungen.
Jedermann kann sich
selbst Bücher auslesen
Die Bezieher unserer
Zeitung zahlen die Hälfte
der Leihgebühr.

Geschlechts-Kranke!
Rasche Hilfe — Doppelte Hilfe!
Harnröhrenleiden, frische u. veralt. Ausfluß Heilung in kürzester Frist. **Syphilis**, ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte. **Nervenschwäche**, intensive Hilfe. Ueber jedes der 3 Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztl. Gutachten und Hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilter. Jede dieser Broschüren kostenlos gegen 25 Pfg. in Marken für Porto in verschloss. Doppelbrief ohne Aufdruck durch Spezialarzt **Dr. med. Dammann, Berlin 113, Potsdamerstraße 123B.** Sprechstunde: 9—10, 3—4 Uhr. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann. A 231 4

Ein grosser Transport junger, schwerer

Arbeitspferde
ist eingetroffen und steht unter günstigen Bedingungen zum Verkauf.
Berthold Cotte,
Delitzscherstraße 6. Viehrampe.
Fernruf 6705. A 262

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190109034/fragment/page=0003

Für unsere evangelische Kirche!

Die kirchlichen Körperschaften sämtlicher Kirchengemeinden und evangelischen Vereine der Stadt haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen und laden die Gemeindeglieder ein zu

Kirchenversammlungen

in sämtlichen Kirchen der Stadt, einschl. Giebichenstein, Cröllwitz, Trotha und Diemitz

über die

Trennung von Kirche und Staat

am Sonntag, den 12. Januar, abends 6 Uhr.

Als Redner sind in Aussicht genommen:

Dom: Studienrat Dr. Martin, Bergrat Fabian, Geh. Rat Prof. D. Cornill.
Georgen: Geh. Studienrat D. Dr. Fries, Oberingenieurdirektor Batzer, Dir. Bauer.
Johannes: Rechnungsrat Reinhardt, Fabrikbesitzer Dr. W. Schulke, Werkzeugmeister Kühme.
Laurentius: Rektor Gräfe, Gymn.-Dir. Dr. Gräber, Geh. Rat Prof. D. v. Dobschütz.
Marien: Landgerichtsdirektor Panse, Geh. Rat Prof. D. Dr. Schmidt.
Moritz: Kaufmann Teuscher, Geh. Justizrat Etze, Lic. Schniewind.
Paulus: Oberlehrer Dr. Wenzlau, Lehrer F. Sommer, Stadtverwaltungsrat Dr. Barg.
Stephanus: Geh. Studienrat Dr. Biedermann, Geh. Rat Prof. D. Lütgert, Dr. med. Jacobs.
St. Ulrich: Stadtrat Baumeister Gygas, Geh. Rat Prof. D. Dr. Loofs, Dir. Stieber.
Cröllwitz: Lehrer Schildbach, Prof. Dr. Holdefleiß, Schneidermeister Schreiber.
Giebichenstein: Baumeister Wolff, Geh. Rat Prof. D. Haußleiter, Lehrer Rauschenbach.
Trotha: Stadtrat Heriel, Studienrat Dr. Riehm, Fortbildungsschuldirektor Gäß.
Diemitz: Assessor Haas, Oberlehrer Dr. Gerlo, Hauptlehrer Trümpler.

Es gilt die Kirche als

Volkskirche

zu erhalten und neu zu gestalten. Darum fehle keiner, welcher Partei er auch angehöre, am 12. Januar in der Kirche seiner Gemeinde, dem Kirche und Christusglaube, dem die Zukunft unseres Volkes und unserer Kinder am Herzen liegt

Die kirchliche Arbeitsgemeinschaft der Stadt Halle.

Etze. Hellwig. Josephson. Meinhof.

Ferner: Mittwoch, 15. Januar, abends 8 Uhr, Thaliasäle Vortrag von D. Lütgert. Freie Aussprache.
Freitag, 17. Januar, abends 8 Uhr in der Marktkirche gemeinsame Versammlung aus allen Gemeinden Geh. Justizrat Etze, Geh. Rat Prof. D. Loofs, Pastor Knobloch.
Vorher sachlich eingereichte Anfragen werden von den Rednern gern beantwortet.

Offene Stellen

Gesucht zum baldigen Antritt

Direktions-Generalagent

(Dom. Halle a. d. S.) A 275

Nur nachgewies. tüchtige Fachleute finden Berücksichtigung.

Mitteldeutsche Versicherungs-Aktiengesellschaft

zu Halle a. Saale.

Gesucht:

2 Bezirks-Feuerversf.-Inspektoren,

Dom. Halle a. d. S. und Rheinland.

Mitteldeutsche Versicherungs-Aktiengesellschaft

Halle a. d. Saale. A 275

Wir suchen für unser **Phänomobil** einen tüchtigen, gewissenhaften

Fahrer,

mit Führerschein.

Zeitungsverlag und Druckerei

Otto Hendel,

Gr. Brauhausstraße 17.

Für Fabrikgeschäft wird zum 1. April

kaufmännischer Lehrling

mit guter Schulbildung gesucht, gegen monatliche Vergütung. Angebote, selbstgeschrieben, unter A. U. 279 an die Filiale d. Ztg., Gr. Ulrichstr. 52. 1240

Für meine Drogen- und Farbenhandlung suche ich für Ostern einen

Lehrling

mit guten Schulkenntnissen. 1248

Friedrich-Drogerie Otto Kreißel, Friedrichstraße 53.

Heizer u. Maschinist

dauernde St. in ob. Ung. Halle. Offert. unter A. U. 273 an die Fil. d. Ztg., Gr. Ulrichstr. 52.

Lehrlings-Gesuch.

Buchholzhandlung en gros sucht 1. April cr. jungen Mann mit guter Schulbildung u. aus besserer Familie als Lehrling. Offerten unter R. 2515 a. d. Exped. d. Ztg.

Zum 1. April ein

Lehrling

mit guter Schulbildung gesucht.

Oskar Ballin jun., Hirsch-Drogerie, Leipzigerstraße 63. A 278/1

Perfekte

Oberhemdenplätterin

stellt ein 1271

Wäscherei Galgenberg.

Sauberes, ordentliches

Dienstmädchen,

sucht zum baldigen Antritt Frau Bankdirektor Schander, Mozartstraße 12 p. r. h172

Mietgesuche

3 bis 5-Zimmerwohnung,

mit elektrischem Licht, Bad, eventuell kleinem Garten, in herrschaftlichem Hause sofort oder später zu mieten gesucht. Angebote unter B. K. 6572 an Rudolf Mosse, Brüderstraße 4. A278

Medizinerin sucht zum 1. Febr. in der Nähe der Klinik ruh. gel. besseres möbl. Zimmer mit Morgen-Kaffee, Licht u. Heiz. Offerte u. mit Preisangabe unter V. 2505 an die Exp. d. Z. erb.

Nettes

Stud.-Zimmer

möbl. ung., Studentin, bei hoher Miete sofort gesucht. Offerten Victor, „Rotes Roß".

Zu verkaufen

Altershalber verkaufe mein gut verzinsliches

Geschäftshaus

in kl. 2-Häuser Thür. Bahnstation, beste Geschäftslage (Markt), in welchem 10 Jahre Mehl-, Futterartikel- und Galanteriewaren-Geschäft betrieben wurde. Günst. Bedingungen. Eignet sich auch besonders für Glas- und Eisenwaren, Friseur, Sattlerei. Offerten unter O. 5515 an die Exped. d. Bl. erbeten. a 040

Agenten verbeten. Nur Selbstkäufer.

Continental-Schreibmaschine,

neu, zu verkaufen. Offerten unter B. S. 6432 an Rudolf Mosse, Brüderstraße 4.

Ein Sofa und 2 Sessel

(Friedensware) sehr guter Zustand, zu verkaufen. 2—3 Uhr Mecklestr. 20. pt. l. f 189

Kaufgesuche

Fahrräder

mit und ohne Bereifung 1250

kauft

Gummiladen, Gr. Steinstr. 35.

Vom Mil. entlassener Stud. sucht

Cutaway

oder grau gestr. Hose zu kauf. Anged. u. A. U. 280 an die Fil. d. Ztg., Gr. Ulrichstr. 52. 1245

Wenig gebrauchter, moderner

Wohnsalon.

ferner Eßzimmer, Herrenzimmer etc., von jungem Ehepaar zu kaufen gesucht. Offert. mit Preisangabe unter T. 2517 an die Exped. d. Ztg. a045k

Gebr. kleiner **Herd zu kaufen** gesucht. Sergt. Poeßel, 1249 Kaserne II, 9. Komp.

Alte, abgespielte, auch zerbrochene

Grammophon-Platten und Phonographenwalzen

kauft zu höchsten Preisen ohne Gegenanzeigen

Gustav Unlig,

Uhren u. Musikwerke Untere Leipziger Str.

Entehrhaltener

Smoking,

für schlanke, mittlere Figur, zu kaufen gesucht. Offerten unt. R. U. 281 an die Filiale dieser Ztg., Gr. Ulrichstraße 52. 1244

Zu verpachten

Restaurations-Verpachtung.

Das in Halle a/S. im Zentrum der Stadt belegene Restaurant und Vereinshaus zum

„Augustinerbräu"

mit zahlreichen Vereinen und mit sehr gutem Umsatz soll event. per 1. Februar verkauft oder verpachtet werden.

Geeignete tüchtige Fachleute wollen sich mit dem unterzeichneten Besitzer in Verbindung setzen. A 6275

H. Franke.

Heiratsgesuch

Einheirat.

Gebildetes 28jähriges Landwirt. angenehmes Aeußere, schlanke Gestalt, vermögend, sucht vermögende, gebildete häusliche, musikalische

Dame zwecks Einheirat in mittleres Gut.

Anonym zwecklos. Ernste Offerten, möglichst mit Bild, an C. H, Torgau, Leipziger Straße 13, I. a 066k

Ich suche für meine Schwägerin, junge Dame aus bester Fam., 25 Jahre alt, schlank, blond, mit gutem Ruf, lebensfroh, häus. ich und musikalisch. A 377/4

Lebensgefährten

aus dem Beamten- oder Beamtenstande. Gefl. Zuschriften unter A. B. 303 an Rud. Mosse, Magdeburg.

Unterricht

Student erteilt Nachhilfe in allen Fächern, besonders Mathematik. Angebote unter A. U. 276 a. d. Filiale d. Ztg. Gr. Ulrichstraße 52. 1246

Benkenstein's

Akademisches Musik-Institut Ludwig-Wuchers-Straße 46.

Gesang-Unterricht

erteilt Direktor A. Benkenstein, früh. langj. Opernsl. (1. Baritonist). Schüler d. weltberühmt. Gesangsmeisters Prof. Jul. Stockhausen in Frankfurt a. M. h 242

Martha Benkenstein

Konzert-Pianistin

(ausgebildet d. ihren Vater, Dir. Benkenstein u. Meisterschülerin u. Prof. Teichmüller, Stuttgart d. Kgl. Konservatorium-Leipzig) erteilt Unterricht in: h241

Klavierspiel

Ludwig Wuchersstr. 131.

Verwundeten-Abzeichen

in besonderer Ausführung. Dieselben in Klein V3545 und als Krawatten-Nadel oder Anhänger stets in Auswahl am Lager

Gustav Unlig,

Orden und Ehrenzeichen, Untere Leipziger Strasse.

Parkett!

liefert und repariert

Hönemann

Bahnhof 1 Tel. 3681

Krawatten

in sehr grosser Auswahl zu billigen Preisen. Dauerwäsche Vorfrieb

Kl. Berlin 2, 1 Treppe rechts Ecke Sternstr.

Gebr. Bethmann

Werkstätten für Wohnungskunst.

Halle a. d. S., Gr. Steinstraße 79-80.

Elegante Herrenzimmer

V23

Im Konkursmasse-Ausverkauf

Fincke & Co.,

Magdeburger Straße 26, schräg über von Wolfhalle, kommen die vorhandenen Bestände zu A 162

photographischen Papieren, Postkarten usw.

nach heute und morgen zu weiter herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

Der Konkursverwalter: Ferdinand Wagner.

Thermometer

für Zimmer u. Fenster sehr billig

C. F. Ritter,

Leipziger Strasse 95

Gesundung durch Sauerstoff!

Das natürliche giftfreie Heilverfahren ohne Berufsstörung bei

Nerven- und Stoffwechselleiden

Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Gicht, Rheuma, Stuhlverstopfung, Hautleiden usw.

Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.

Dr. Gebhardt & Cie., Berlin 35, Potsdamer Strasse 104/105.

Ich habe meine **ärztliche Tätigkeit** wieder aufgenommen.

Dr. med. Carl Voigt,

Spezialarzt für Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe.

Marktplatz 19 II. Fernsprecher 3697.

Sprechstunden: werktägl. vorm. 11—12, nachm. 3—4, Sonnabends nur vorm. 11—12 Uhr.

Ich habe mich als

Frauenarzt und Geburtshelfer

niedergelassen und halte täglich von 11—1 und 4—5 Sprechstunde ab.

Sonntags 11—12.

Privatdozent Dr. W. Lindemann,

Magdeburgerstr. 34, II. h 22

Ich habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Sprechzeit bis auf Weiteres werktags 11—12, 4—5, Sonntags 8—9 Uhr.

Dr. med. Rettig, Arzt.

Bernhardystr. 50, Ecke Südstrasse. Fernsprecher 3555.

Die öffentlichen Sprechstunden der

Univ. Poliklinik für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten,

Magdeburgerstr. 22 werden von jetzt an wieder täglich abgehalten und zwar am Mittwoch und Sonnabend von 8—10 Uhr, an den übrigen Wochentagen von 8—11 Uhr.

Der Direktor der Klinik: Prof. Dr. Denker, Med.-Rat.

Nach Rückkehr aus dem Felde habe ich meine Anwaltstätigkeit in Halle (Saale)

wieder aufgenommen.

Mein Büro befindet sich vorläufig Alte Promenade 38

Rechtsanwalt Dr. Kassler.

Familien-Nachricht.

Heute Morgen ½2 Uhr entschlief nach kurzem aber schweren Leiden unser lieber, guter, aus dem Felde zurückgekehrter Sohn und Bruder, der Flieger-Monteur

Paul Herre

im noch nicht vollendeten 20. Lebensjahre.

Halle a. S., Domstr. 5, den 7. Jan. 1919.

In tiefer Trauer

Paul Herre, Universitäts-Oberpedell nebst Frau und Töchtern.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Januar, 3 Uhr, von der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt. f 214

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190109034/fragment/page=0004